

Fortsetzung von Seite 5

Landtags durch „tiefgestaffelte Angaben zum gedruckten Haushaltsplan“ ermöglichen. Außerdem beabsichtige er, die Aufgaben der Gesellschaft wieder in die zuständigen Ressorts der Landesregierung zurückzugliedern. Reinhold Trinius (SPD) begrüßte die Mitteilung des Finanzministers. Halstenberg habe einen Weg vorgeschlagen, den man „als gangbar und richtig“ bezeichnen könne. Reinhard Roericht (F.D.P.) nannte die vom Finanzminister vorgeschlagene Lösung „eine sehr positive Entwicklung“. Professor Dr. Wolfgang Brüggemann (CDU) erklärte, die Opposition habe bereits seit Jahren vergeblich gefordert, was der Minister nun selbst vorgeschlagen habe.

Notzuschlag auf Zeit

Die Ausgaben für das Sofortprogramm zur Einführung eines „Notzuschlags auf Zeit“ auf die Ausbildungskapazitäten der Hochschulen in NRW in Höhe von 33 Millionen DM sollten nach den Vorstellungen der Opposition nur mit Zustimmung des Landtags verwendet werden können. Dr. Wilfried Heimes (CDU) sagte, die Opposition hätte auf den Haushaltsvermerk vielleicht verzichtet, wenn die Landesregierung in der Lage gewesen wäre, zu dem sogenannten Sofortprogramm schon Pläne über die Verwendung der Mittel vorzulegen. Reinhold Trinius (SPD) zeigte Verständnis für die Forderung der Opposition nach detaillierten technischen Regelungen. Allerdings lägen schon realisierbare Vorschläge vor. Weitere Pläne müßten noch geprüft werden. Reinhard Roericht (F.D.P.) hielt „die begleitende Kontrolle und laufende Berichterstattung im Wissenschaftsausschuß“ für ausreichend.

Zuschüsse zur Uni Bremen

Zu einem harten Meinungsstreit kam es bei dem CDU-Antrag über die Streichung der Zuweisung Nordrhein-Westfalens in Höhe von 15,1 Millionen DM zur Finanzierung der Betriebskosten der Universität Bremen. Dr. Wilfried Heimes (CDU) bezeichnete die Bremer Universität als „rote Kadenschmiede“, die „es uns verbietet, dieses Unternehmen mit dem Geld unserer Bürger zu unterstützen“. Dagegen erklärte Franz-Josef Kniola (SPD): „An dieser Universität ist wissenschaftliche Pluralität in größerem Maß vorhanden als an der Mehrzahl aller anderen deutschen Hochschulen.“ Reinhard Roericht (F.D.P.) erinnerte an die Solidarität der Länder. Man könne nicht „über Nacht“ aus dem Staatsvertrag aussteigen. Das Wirtschaftsgebaren der Bremer Uni müsse jedoch genau kontrolliert werden. Wolfram Dorn (F.D.P.) appellierte an die Landesregierung, sie müsse ihren Mitgliedern im zuständigen Verwaltungsausschuß „einen klaren Auftrag erteilen, daß die Betriebskosten der Universität Bremen genauso hart einer kritischen Prüfung unterzogen werden“, wie dies bei den nordrhein-westfälischen Universitäten der Fall sei.

Porträt der Woche

Wenn man Josef Rademaker einen alten, gestandenen Sozialdemokraten nennt, so bezieht sich das nicht in erster Linie auf die fast 25 Jahre, die er der SPD angehört. Vielmehr ist damit seine Geradlinigkeit gemeint, mit der er seinen Weg – sowohl den beruflichen wie den politischen – gegangen ist. Rademaker – Jahrgang 1919 – stammt aus einer alten Weber-Familie im westlichen Münsterland. Obwohl er zwischenzeitlich als Furnierer arbeitete, ist er der textilen Tradition seiner Familie treu geblieben: Zunächst gründete er – das war 1948 – eine Holzgewerkschaft, dann – drei Jahre später, also vor ziemlich genau 25 Jahren – wurde er Gewerkschaftssekretär der Gewerkschaft Textil/Bekleidung. Dieses Amt führt er auch heute noch.

Auch die gewerkschaftliche Aktivität hat er vom Vater übernommen. Obwohl seine Eltern katholisch waren und obwohl es damals starke christliche Gewerkschaften gab, war Vater Rademaker „frei organisiert“. Des Juniors Elternhaus war stark sozialpolitisch engagiert und – was damals sicher schwerer war als heute – „links“.

Zur SPD stieß er in einer Gegenreaktion auf eine Entwicklung in der CDU. Als die Union sich immer mehr vom Ahlener Programm abgewandt habe, so berichtet er, habe er die Konsequenz gezogen: Er wurde Mitglied der SPD.

Seither ist sein Verhältnis zum politischen Gegner distanziert. Eine Koalition mit der jetzigen CDU hält er für nicht möglich, in der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft (Sozialausschüsse) sieht er nur ein linkes Aushängeschild für Wahlkampfzeiten, ansonsten eine Gruppierung ohne Bedeutung.

Schon 1956 vertrat Rademaker die Sozialdemokraten in Kreisrat und Gemeinderat. Seit sieben Jahren ist er stellvertretender Landrat. 1971 rückte Josef Rademaker in den Landtag nach, 1975 war er bereits auf Platz 17 der NRW-Reserveliste.

Im Landtag hat er sich spezialisiert auf Wohnungs- und Städtebau und – mehr aus Pflicht als aus Neigung – mit



Josef Rademaker (SPD)

Landwirtschaft und Ernährung beschäftigt. Auch hier erweist er sich wieder als pflichtbewußter Genosse: Er arbeitet an der Stelle, wo er gebraucht wird; und Solidarität ist für ihn kein leerer Begriff. So sieht er sich in erster Linie als Abgeordneter der sozialdemokratischen Fraktion und dann erst als Interessenvertreter seines Wahlkreises. Das erwies sich erst jüngst, als es um den Neuzuschnitt der Regierungsbezirke ging. Als er – um die Interessen seiner westfälischen Heimat zu vertreten – mit der CDU stimmen sollte, machte er nicht mit. Nicht aus Feigheit, sondern: „Das Landesinteresse muß Vorrang haben, die Prügel zu Hause muß ich dann eben einstecken.“ Der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Borken ist zwar nicht unbeeindruckt von lokaler Kritik, aber „das muß man eben durchstehen“.

Für sein Privatleben bleibt ihm nicht allzuviel Zeit: Zwei Tage Düsseldorf, zwei bis drei Tage Gewerkschaft, dazu Betriebsversammlungen und Parteitage am Wochenende, so ist die Woche ausgefüllt („Samstags gehört Vati mir – seinerzeit haben die Gewerkschaften dafür gekämpft, jetzt haben wir's erreicht. Nur – für uns Gewerkschafter gilt das nicht!“)

Bleibt ihm dennoch Zeit, so gehört sie der Familie, insbesondere seinen Enkeln, dem Spaziergehen oder dem Lesen. Aber selbst dem Frühaufsteher Rademaker (jeden Tag sechs Uhr) gelingt es nur selten, dem Beruf oder der Politik Zeit zu stehlen.

Bernd Müller